

**Anfrage der CDU - Ratsfraktion**

öffentlich

Datum	Nummer
30.06.2008	F0118/08

Absender

**CDU-Ratsfraktion**

Adressat

Oberbürgermeister  
Herrn Dr. Lutz TrümperGremium  
StadtratSitzungstermin  
03.07.2008

Kurztitel

Sachstand staatsanwaltlicher Ermittlungen Kommunales  
Seniorenpflegeheim "Am Luisengarten"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

die Heimaufsicht des Landesverwaltungsamtes ordnete am 10. Dezember 2007 die Schließung des kommunalen Seniorenpflegeheims „Am Luisengarten“ an; 10 Tage später bestätigte das Verwaltungsgericht Magdeburg die Schließung bis Ende Februar 2008. Die Richter schätzten ein, dass „die erheblichen Missstände eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben der Bewohner“, darstellten.

Der Leitende Magdeburger Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers erklärte am 29.12.2007 in der Volksstimme, seine Behörde verfolge die Berichterstattung über den Fall "sehr interessiert". Allerdings sehe man nach den bisherigen Informationen, die man aus der Zeitung beziehe, noch keinen Anlass, von Amts wegen zu ermitteln. Wenn der Bericht der Heimaufsicht Hinweise auf Straftaten enthalte, „wären wir dankbar für diese Informationen“ und „Jemand müsste uns den Bericht zuspieren“.

In der Stadtratsitzung am 17. Januar 2008 haben Sie erklärt, dass es mit der angeordneten Schließung des städtischen Pflegeheimes „Luisengarten“ nicht getan sei und angekündigt, die Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Missstände rückhaltlos aufzuklären:

Ich zitiere Ihre Worte vom 17. Januar 2008, sehr geehrter Herr Dr. Trümper:

„Da habe ich bei meiner Begehung im Pflegeheim gesagt: Das ist nahe am Straftatbestand. Absicht. Mitarbeiter haben absichtlich nicht gepflegt. Dieser Vorwurf muss aus der Welt ... Dieser Vorwurf steht noch im Raum, dass diese Behauptung der Wahrheit entspricht. Ich kann es nicht glauben, dass es so ist. Aber ich werde alles machen, zur Aufklärung beitragen, ob es so war ... Und damit beschäftigt sich im Moment auch mit Sicherheit die Staatsanwaltschaft, um das aufzuklären. Ich habe der Staatsanwaltschaft ... schriftlich mitgeteilt, um das aufzuklären zu lassen. Das kann nicht so stehen bleiben. Warum guckt man drei Jahre zu und duldet das, dass Menschen drei Jahre zu Schaden kommen.“

Zu dieser, Ihrer Erklärung, bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Haben Sie inzwischen die Staatsanwaltschaft eingeschaltet und den 300-seitigen Prüfbericht des Landesverwaltungsamtes übersandt? Wenn ja, wann?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Liegen der LH Magdeburg Erkenntnisse über eine Reaktion der Staatsanwaltschaft vor?
4. Was hat Ihre interne Prüfung ergeben?
5. Wie vielen Mitarbeitern(-innen) ist etwas vorzuwerfen?
6. Oder hat Ihre interne Überprüfung ergeben, dass keinem etwas vorzuwerfen ist?

Neben einer mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.



Claudia Szydzick  
CDU-Stadträtin